



# GESAMTELTERNBEIRAT DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART G8-Eltern-Initiative im GEB Stuttgart

Seite 1 von 9

---

**Protokoll** zum Gespräch mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg

Kultusministerium, Neues Schloss, 13. November 2009

## **Teilnehmer**

**Elterninitiative Mittelbaden:** Michael Rummel, Silvia Strensch

**Arbeitskreis Doppeljahrgang 2012:** Rolf Maurer

**G8-Gruppe Freudenstadt:** Dr. Christoph Meier, Margrit Richter, Angela Würfl

**G8-Gruppe Gernsbach:** Dr. Michael Schumacher

**G8-Koordinierungskreis Heilbronn-Unterland:** Uwe Kastner, Dr. Susanne Montigel, Regina Zeltner

**G8-Initiative für Bildung und Lebensfreude Offenburg:** Petra Schrodt-Burek, Stephan Hecke

**AK Rastatt-Kuppenheim:** Christoph Hormann, Uwe Sticher

**G8-Eltern-Initiative im GEB Stuttgart:** Dr. Wolfgang Gebicke, Katharina Georgi-Hellriegel, Cornelius Gruner

**Netzwerk Baden-Württemberg Abschlussjahrgang 2012:** Ursula Duppel-Breth, Christel Finner, Dr. Rolf Häcker

**G8-Initiative Ulm:** Margot Günther, Antje-Christin Michel

## **Dauer**

15.30 Uhr bis 18.00 Uhr

## **Anlagen (E-Mail-Anhang)**

Präsentation Abitur 2012

## **Vorinformation**

Auf Einladung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport fand am 13.11.2009 ein Gespräch mit den landesweiten G8-Elterninitiativen und denjenigen zum doppelten Abschlussjahrgang 2012 statt. Eingeladen hatten Konrad Horstmann, Leiter der Abteilung „Allgemeinbildende Schulen, Kindergärten“, und Manfred Hahl, Leiter der Abteilung „Schulorganisation, Lehrerbildung, internationale Angelegenheiten“, mit dem Ziel, sich zu den Einzelheiten der Ministerratsbeschlüsse vom 14. Juli 2009 und weiteren Fragen zur gemeinsamen Kursstufe und zum Abitur 2012 auszutauschen. Als Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst waren Herr Dr. Hagmann sowie Herr Dr. Heinbach eingeladen.

## **Tagesordnung**

1. Gemeinsame Kursstufe und Abiturprüfung 2012
  2. Folgefragen zum Abiturjahrgang 2012
-



## 1. **Gemeinsame Kursstufe und Abiturprüfung 2012** **Herr Horstmann, Frau Stuhmann und Herr Weigand**

Herr Horstmann und Frau Stuhmann berichten zu den Themen der gemeinsamen Kursstufe und des Abiturs 2012. Die Themen werden anhand einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt (siehe Anlage).

Zu den einzelnen Themenpunkten ergaben sich folgende Fragen und *Antworten*:

### **Themenpunkt: Curriculare Grundlage für die Abiturprüfung 2012**

Wie werden die Aufgaben kommuniziert und wer kontrolliert die Schulen (immerhin 440 Gymnasien landesweit, Anmerkung der Protokollanten), ob sie die Vorgaben des Ministeriums umsetzen?

*Das Ministerium konzipiert die Aufgaben und gibt so Rahmenbedingungen vor. Über die Referatsleiter Gymnasien der einzelnen Regierungsbezirke werden die Informationen weitergegeben an die Schulleiter; über die Fachreferenten der Regierungspräsidien an die jeweiligen Fachberater.*

*Alle Schulleiter wurden im Rahmen der Schulleitertagungen mit ihren Aufgaben bei der Durchführung der gemeinsamen Kursstufe und dem Abitur 2012 vertraut gemacht. Alle Schulen (auch die einzelnen Fachschaften in den Schulen) können bei Bedarf im Rahmen der Sprengelfortbildungen Fachberater anfordern, die sie vor Ort bei der Aufgabenerfüllung unterstützen.*

*Grundsätzlich ist die Schulaufsicht für die Kontrolle der Schulen zuständig. Diese kann aber nur in konkreten Fällen erfolgen. Die Schulaufsicht muss also genau informiert sein, um welche Schule es sich handelt und welche Vorgaben nicht umgesetzt werden.*

**Hinweis:** Die Schnittmengen des Abiturs 2012 sind bereits am 10. Juni 2009 zusammen mit dem Schwerpunktthemenerlass 2012 den Schulen zugegangen. Jede einzelne Lehrkraft musste an der entsprechenden Schule unterschreiben, dass ihr die Schnittmengen bekannt sind.

**Erläuterung Sprengelfortbildung:** Fortbildungsangebot, das für einen Schulsprengel mindestens zweimal im Jahr angeboten wird. Die Teilnahme ist für die Lehrkräfte – wie bei allen Fortbildungsveranstaltungen – jedoch nicht verpflichtend, sondern freiwillig.

Sind nicht doch die G8-Schüler benachteiligt, weil sie den Stoff in 8 Jahren lernen müssen? Wer muss mehr lernen: der G9-Jahrgang oder der G8-Jahrgang?

*Der G8-Lehrplan umfasst weniger Themen und Inhalte als der G9-Lehrplan und gibt ab Klasse 5 vor, dass stärker exemplarisch gelernt werden soll. Es ist durch die Schule sicherzustellen, dass G9- und G8-Schüler bei Eintritt in die Kursstufe die gleichen Kompetenzen erworben haben und auf dem gleichen Lernstand sind. Für das Abitur 2012 wurden curriculare Schnittmengen gebildet. Die curricularen Schnittmengen sorgen dafür, dass es zu keinen Benachteiligungen kommt, denn sie schließen bei der schriftlichen Abiturprüfung 2012 alles aus, was nicht in **beiden** Lehrplänen enthalten ist.*

*Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die beiden Klassenstufen und möglichst auch die Lehrkräfte schon in diesem Jahr gut auf die gemeinsame Kursstufe vorbereitet werden. Es ist ausdrücklich von Seiten des Kultusministeriums empfohlen und pädagogisch notwendig, dass die Schüler gemeinsam in durchmischten Kursen (G9 und G8) zum Abitur geführt werden. Abiturergebnisse an Schulen, die bereits das Doppelabitur durchgeführt haben, bestätigen diese Vorgehensweise.*

Weitere Informationen, insbesondere das Arbeitspapier: „Doppelte Kursstufe G8/G9 und Doppelabitur 2012, Informationen für Elternbeiräte und Fragen zur Besprechung mit der



---

Schulleitung“, finden sich auf der Homepage des GEB-Stuttgart unter: [www.eltern-in-stuttgart.de](http://www.eltern-in-stuttgart.de) – Arbeitsgruppe G8.

### **Themenpunkt: Unterrichtsversorgung in der gemeinsamen Kursstufe und Sonderzuweisungen für Zusatzbelastungen bei Beratung und Organisation**

Für den Zeitraum 2010-2012 werden insgesamt 495 zusätzliche Deputate (330 für die Kursstufe, der Rest für zusätzliche Oberstufenberatung sowie aufwendigere Organisation und Stundenplangestaltung) zur Verfügung gestellt. Das sind bis jetzt lediglich Planstellen. Wird man hierfür auch die Lehrkräfte einstellen können?

*Die verwaltungsrechtlichen und haushaltsrelevanten Voraussetzungen sind geschaffen. Jetzt ist die Kultusverwaltung in der Pflicht. Die Werbekampagne in anderen Bundesländern, durch die im vergangenen Jahr 150 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden konnten, wird jetzt wiederholt.*

**Ergänzung des KM:** Diese wird im Einklang mit den sog. Stralsunder Beschlüssen der KMK in Form von Annoncen in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften – insbesondere Profil (Zeitschrift des Philologenverbandes), Süddeutsche Zeitung, FAZ, ZEIT – weitergeführt. Mehr wird auch nicht für nötig erachtet. So lag die Zahl der Zugriffe auf die in LOBW (Portal für Lehrereinstellung Online Baden-Württemberg) ausgeschriebenen Gymnasialstellen des Landes am ersten Tag der Ausschreibung im November 2009 um rund 50% höher als zum entsprechenden Zeitpunkt des vergangenen Jahres. Selbstverständlich werden auch Kontakte mit jenen neuen Bundesländern geknüpft, mit denen eine Vereinbarung mit der Rückkehroption der dort geworbenen Lehrkräfte getroffen werden konnte.

*Gesucht werden auch Quereinsteiger, gerade für die Naturwissenschaften, die entsprechende Voraussetzungen erfüllen.*

**Ergänzung des KM:** Durch die getrennte Anwendung der Berechnungsformel für die Ermittlung der Höchstwerte der Lehrerwochenstunden in den Jahrgangsstufen für den G8- sowie für den G9-Jahrgang ergeben sich zusätzlich 330 Deputate. Insofern wird die Kursstufe der Gymnasien von der Ressourcenzuweisung so behandelt, als ob der G8- und der G9-Jahrgang getrennt beschult würden. Auf diese Weise will das Kultusministerium dokumentieren, dass die Einführung von G8 nicht dazu benutzt wird, Ressourcen einzusparen. Da sich G8 und G9 in der Kursstufe curricular nicht mehr unterscheiden, kann die Schulleitung im Rahmen der Kursbildung optimieren. Das heißt, die seither – insbesondere bei kleineren Gymnasien – schwierigere Bildung von Kursen in den sog. Orchideenfächern mit wenigen Kursteilnehmern wird sich in diesem Schuljahr nicht einstellen.

Gleichwohl muss zur Klarstellung gesagt werden, dass der der Berechnungsformel inhärente Degressionseffekt (Gymnasien mit „großer“ Kursstufe, d.h. mit sehr vielen Schülerinnen und Schülern im Jahrgang, erhalten tendenziell weniger Lehrerwochenstunden als Gymnasien mit „kleiner“ Kursstufe) unverändert bestehen bleibt. Es war nie die Absicht, für die anstehenden zwei Schuljahre des Durchlaufens des sog. „doppelten Abiturjahrgangs“ die Berechnungsformel zu ändern. Hierfür hätte es zuvor umfängliche Feldstudien mit alternativen Rechenmodellen geben müssen, was zeitlich und auch im Hinblick auf nur zwei Schuljahre nicht zielführend erschien. Das Kultusministerium behält sich vielmehr vor, die Zuweisung der Ressourcen – wie bei den Grund-, Haupt- und Realschulen – nach dem Schuljahr 2011/12 neu auszurichten.



Wann erfolgt die Zuweisung der zusätzlichen Lehrkräfte?

*Wie im vergangenen Jahr, vor den Sommerferien. Allerdings erfolgt die Bindung der Lehrkräfte schon früher im Rahmen der drei Ausschreibungstranchen. Nach erfolgter Ausschreibung und Bewerberauswahl vergibt das KM eine verbindliche Einstellungszusage für die ausschreibende Schule. Diese wird in der Regel auch von dem ausgewählten Bewerber eingehalten. So kann die Schulleitung nach erfolgreicher Stellenausschreibung mit der ausgewählten Lehrkraft bereits planen. Die Schulen werden Vorwahlen für die Fächer in der Kursstufe durchführen. Dies ergibt einen ersten Überblick, welche Kurse eingerichtet werden können. Die Schulen sind so in der Lage, im März bzw. April 2010 ihre Lehreranforderungen vorzulegen. Die endgültige Kurswahl erfolgt mindestens 4 Wochen vor Beginn der Sommerferien.*

Besteht die Möglichkeit, für Aufgaben im Bereich Beratung und Organisation auch Personal ohne pädagogische Kenntnisse einzustellen?

*Das ist schwierig, da auch für die Aufgaben über die reine Unterrichtsorganisation und die Abiturorganisation hinaus in hohem Maße pädagogische Kenntnisse erforderlich sind.*

### **Themenpunkt: Raumsituation und Lernmittelausstattung der Schulen**

Können die zusätzlichen Mittel für die Lernmittel im Voraus (vor Beginn der Kursstufe) den Schulen zur Verfügung gestellt werden?

*Die Vorausgewährung dieser Mittel wurde geprüft.*

**Ergänzung des KM:** Mit den kommunalen Landesverbänden besteht Einigkeit, dass der finanzielle Ausgleich im regulären System erfolgt und kein Sonderzuschlag im Sachkostenbeitrag gewährt werden soll. Die Schulträger und Schulen wurden über Möglichkeiten zur Optimierung des Mitteleinsatzes informiert, und es wurden Hinweise für ggf. höhere Mittelzuweisungen an die Schulen gegeben.

*Insbesondere kommt in Betracht:*

- *Umschichtungen des Budgets beziehungsweise der Mittelverwendung im Hinblick auf die Lernmittelbeschaffung;*
- *Umschichtung innerhalb der Lernmittelbeschaffung zugunsten der Kursstufe;*
- *Verlängerung der Laufzeit von zur Anschaffung anstehenden neuen Schulbüchern für das gesamte Gymnasium;*
- *Verschiebung von planmäßigen Ersatzbeschaffungen;*
- *Auswahl von Ganzschriften (Lektüren), die bereits an der Schule ggf. als Klassensatz vorhanden sind;*
- *Verzicht auf Anschaffungen von nur zum einmaligen Gebrauch geeigneten Arbeitsheften;*
- *Möglichkeit einer Vereinbarung mit dem Schulträger, dass Budgeterhöhungen 2010 durch moderate Budgetreduzierungen in den Folgejahren gedeckt werden.*

*Mit den Optimierungsmaßnahmen soll erreicht werden, diese Sondersituation mittelfristig möglichst ohne Zusatzaufwand zu bewältigen. Die Schulen müssen sich also mit den Schulträgern absprechen, ob und ggf. in welcher Höhe zusätzliche Mittel nötig sind.*

**Ergänzung des KM: Erläuterung Finanzausgleich:** Die kommunalen Schulträger erhalten als angemessenen Ausgleich ihrer laufenden Schulkosten je Schüler einen jährlichen Beitrag (Sachkostenbeitrag), dieser wird im Jahr 2010 für jeden Schüler der Gymnasien voraussichtlich 569 € betragen. Die Sachkostenbeiträge werden der kommunalen Finanzausgleichsmasse vorweg entnommen, d.h. vor der Entnahme anderer



---

Zuweisungen. Angemessen in diesem Sinne ist eine Deckungsquote der Sachkostenbeiträge von 90% der laufenden landesdurchschnittlichen Kosten der Schulträger. Soweit durch die gemeinsame Kursstufe Zusatzaufwand entsteht, fließt dieser Aufwand in die Berechnung der Sachkosten ein und erhöht damit die Sachkostenbeiträge an die Schulträger entsprechend den Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes.

Kann man Kurse (z.B. Erdkunde) von der Jahrgangsstufe 1 in die Jahrgangsstufe 2 schieben, um die Lernmittelsituation etwas zu entspannen?

*Das ist bis jetzt nicht vorgesehen, wird aber derzeit geprüft.*

Entsteht eine Ungleichbehandlung von G9- und G8-Schülern im Fach Latein? An den humanistischen Gymnasien besitzt man das große Latinum, wenn man Latein von der 5. bis zur 10. Klasse hatte. Die G8-Schüler müssen das Fach Latein von der 5. bis zur 10. Klasse belegen und darüber hinaus noch 4-stündig in der Kursstufe, um das große Latinum zu erlangen.

*Es gibt zukünftig nur noch das Latinum. Die Unterscheidung in kleines und großes Latinum fällt weg.*

**Ergänzung des KM:** Es gibt in Baden-Württemberg das Latinum und das Große Latinum. Die VwV vom 2.11.2007 regelt den Erwerb des Latinums und des Großen Latinums für die Schüler des flächendeckenden G8 wie folgt (Auszug):

I. Latinum:

I.1. Latein ab Klasse 5

Pflichtunterricht in Latein im achtjährigen Bildungsgang von Klasse 5 bis 10 sowie im Zeugnis für das zweite Schulhalbjahr in der Klasse 10 mindestens die Note „ausreichend“.

I.2. Latein ab Klasse 6

Pflichtunterricht in Latein im achtjährigen Bildungsgang von Klasse 6 bis 10 sowie im Zeugnis für das zweite Schulhalbjahr in der Klasse 10 mindestens die Note „ausreichend“.

[...]

2. Großes Latinum

2.1. Latein als vierstündiger Kurs im Pflichtbereich der Jahrgangsstufen.

Abiturprüfung in Latein oder Besuch der vier Kurse in den beiden Jahrgangsstufen mit einem Durchschnittswert von mindestens fünf Punkten.

### **Themenpunkt: Schriftliche und mündliche Abiturprüfung**

*Die Prüfungen im Abitur 2012 werden nicht ohne Unterrichtsausfall in den anderen Klassenstufen vonstatten gehen.*

*Die Schulen sind informiert, die Vorgehensweisen und Regelungen vor Ort rechtzeitig und umfassend mit den Eltern zu kommunizieren.*

### **Themenpunkt: Weitere Entlastungsmaßnahmen für die Schulen**

Der Schwerpunktthemenerlass findet sich unter:

<http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1237315/index.html>



---

**Themenpunkt: Folgefragen des Abiturjahrgangs 2012: Studienplätze, Plätze im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr, Plätze im Wehr- und Zivildienst, Ausbildungsplätze**

*Die Konkretisierung der Folgefragen fällt durchweg in die nächste Legislaturperiode, die derzeitige Regierung kann daher nicht verbindlich entscheiden. Es wurden jedoch Vorbereitungen getroffen und Rahmenbedingungen geschaffen.*

**2. Folgefragen zum Abiturjahrgang 2012  
Herr Dr. Hagmann und Herr Dr. Heinbach**

*Der Ausbau der Studienanfängerplätze wurde unabhängig von der besonderen Situation im Jahr 2012 notwendig. Vorausrechnung der Schüler- und Schulabgängerzahlen bis 2025 unter: [http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag07\\_11\\_05.pdf](http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag07_11_05.pdf).*

*Bis zum Jahr 2012 werden in Baden-Württemberg 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze zur Verfügung stehen. Die Finanzierung erfolgt über Bund und Länder. Der Bund bezuschusst über den Hochschulpakt 2020 jeden tatsächlichen, zusätzlichen Studienanfänger mit 8.525 Euro (Hochschulpakt I 2007 bis 2010 und Hochschulpakt II 2011 bis 2015). Die in der Vereinbarung zum Hochschulpakt genannten Sätze liegen höher; da den neuen Bundesländern und den Stadtstaaten Sonderzahlungen gewährt werden, reduziert sich der für den tatsächlichen Aufwuchs an Studienanfängern zur Verfügung stehende Fördersatz entsprechend. Bundesweit werden ca. 275.000 zusätzliche Studienanfänger im Zeitraum 2011 bis 2015 erwartet.*

*Im Studiengang Humanmedizin erfolgt die Studienplatzvergabe zentral, somit ist nicht sichergestellt, dass die Landeskinder auch in ihrem Bundesland einen Studienplatz erhalten. Deshalb plant Baden-Württemberg gemeinsam mit den Flächenländern Bayern und Nordrhein-Westfalen, dass der kostenintensive Studiengang Humanmedizin in diesen Ländern ausgebaut wird.*

*Auch eine intensivere Berufs- und Studienberatung wurde unabhängig von 2012 notwendig. Maßnahmen hierzu sind*

- Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung (SIOB),
- Studienbotschafter,
- Informationsschriften,
- verstärkte Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit.

Werden 2011 Abiturienten aus Bayern unsere Abiturienten verdrängen, wenn sie bessere Abiturdurchschnitte haben?

*Die Hochschulen wählen die Studienanfänger zunehmend nach eigenen Auswahlverfahren aus, bei denen die Abiturnote einfließt, aber auch weitere Komponenten wie soziales Engagement, einschlägige Berufsausbildung etc. eine Rolle spielen.*

Wie werden die Auswahlverfahren der Hochschulen homogenisiert?

*Das ist derzeit noch Aufgabe der ZVS. Die Studienplatzbörse hat in diesem Jahr gut funktioniert. Circa 40.000 Zugriffe bestätigen, dass sie auch bei den Studienbewerbern gut angenommen wurde. Zukünftig sollen die Studienplätze durch eine Servicestelle in einem dialogorientierten Verfahren vergeben werden.*

Die Teilnahme der Hochschulen an der Studienplatzbörse ist freiwillig. Wäre es nicht sinnvoller, dies verpflichtend zu machen?



---

*In Baden-Württemberg haben bereits jetzt die Fachhochschulen und 7 von 9 Universitäten teilgenommen. Es ist allen Universitäten daran gelegen, ihre Studienplätze zu besetzen. Man kann auf Grund der guten Resonanz davon ausgehen, dass auch ohne Zwang künftig (fast) alle teilnehmen werden.*

Wie werden die Studienanfangszeiten harmonisiert (Universität, Fachhochschule, Duale Hochschule)?

*Der frühere Beginn der Fachhochschulen wird im kommenden Serviceverfahren eingeplant. Es ist darüber hinaus nicht geplant, die Semesteranfangszeiten zu harmonisieren.*

Wie werden die Eingangstests der Hochschulen koordiniert? Wird es bundesweit einheitliche Tests geben?

*Die Tests müssen vor den Bewerbungsterminen liegen. Angestrebt werden hochschulübergreifende Tests, damit die Bewerber an verschiedenen Universitäten bei Bewerbungen nicht immer wieder einen neuen Test (auch kostspielig) absolvieren müssen. Es wird sich aber nicht vermeiden lassen, dass es in einigen Studiengängen auch hochschulspezifische Eingangstests geben wird.*

Zeigen die Studentenunruhen nicht, dass an den Hochschulen einiges nicht in Ordnung ist? Werden diese Proteste künftig zunehmen?

*Die Proteste richten sich gegen ganz unterschiedliche Bereiche wie Bologna-Prozess, Studiengebühren, Betreuungsrelation und Bachelor/Master. Beim Bachelor-Studiengang besteht Nachbesserungsbedarf. Die Fachhochschulen, die den Bachelor in 7 Semestern anbieten, haben kaum Kritiker. Der Bologna-Prozess war wichtig, da er das Studium stärker strukturiert. Das war gewünscht. Zum Teil (ca. 20%) wurde aber zu sehr spezialisiert, das Bachelor-Studium soll eine breite methodische Grundlage vermitteln und zur Anschlussfähigkeit im Beruf führen. Kritik verursachte auch die zu straffe Organisation, d. h. dieser Studiengang wurde mit zu vielen studienbegleitenden Prüfungen versehen.*

Geraten die G8-Schüler bei den Eingangstests der Hochschulen nicht ins Hintertreffen gegenüber den G9-Schülern?

*Das ist nicht zu erwarten. Die Eingangstests sind kein zweites Abitur. Vielmehr werden hier die Kompetenzen für die jeweilige Fachrichtung abgefragt.*

Die Hochrechnung des Bedarfs von 16.000 Studienanfängerplätzen beruht auf einigen Annahmen, die nicht zwingend eintreten müssen. So wird beispielsweise ein ähnlicher Prozentsatz an Studierwilligen unterstellt wie bisher. Wenn jedoch die alternativen Möglichkeiten nicht im gleichen Verhältnis zunehmen wie die Studienberechtigtenzahlen, dann könnte dies auch zu einer Zunahme der Studierneigung gleich im ersten Jahr führen, insbesondere in Anbetracht der für 2013 zusätzlich zu erwartenden über 80.000 Absolventen aus Nordrhein-Westfalen und Hessen. Eine schlechtere Konjunktur kann ebenfalls dazu führen, dass die Studierneigung spürbar ansteigt.

Außerdem sind die Studienplätze an der Dualen Hochschule sehr von der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig, weil die Studenten auf die Arbeitsverträge bei den dualen Partnern angewiesen sind. Es besteht keine Garantie, dass die an den Dualen Hochschulen eingerichteten Plätze 2012 auch alle besetzt werden können. In anderen Bundesländern gelingt der Ausbau nicht im geplanten Umfang und Zeitrahmen. Die Studierneigung steigt bereits vor 2012 stark an.

Wenn sich die Situation nicht wie angenommen entwickelt und die 16.000 Studienanfängerplätze nicht ausreichen, welche Möglichkeiten der flexiblen Reaktion gibt es dann bezüglich der Bereitstellung von Studienanfängerplätzen noch?



---

*Der Ausbau der Studienplätze wird sehr flexibel gehandhabt. So wird in der zweiten und dritten Tranche verstärkt an den Universitäten ausgebaut. Hier besteht ein größerer Spielraum, die Universitäten verfügen über flexiblere Kapazitäten als Fachhochschulen und die Duale Hochschule. Die Universitäten können zeitnah und effektiv auf Prognoseabweichungen reagieren.*

*Alle Hochschulen bundesweit haben sich verpflichtet auszubauen. Und der Bund schafft hierfür zusätzlich Anreize, indem er die Zuschüsse für zusätzliche Studienanfängerplätze nur gewährt, wenn diese auch tatsächlich besetzt werden. Für unbesetzte Plätze muss das Geld zurückgegeben werden. Der Zuschuss des Bundes (8.525 Euro je Studienanfänger) wird direkt an die Hochschulen weitergegeben.*

*Die Werbekampagnen der neuen Bundesländer haben dazu geführt, dass dort nun 10.000 junge Menschen mehr studieren, als im Jahr 2005 prognostiziert wurde. Das zeigt, dass die Anreize greifen.*

Die 16.000 Studienanfängerplätze sind Bachelor-Studienplätze. Werden auch Master-Studienplätze geschaffen?

*Zurzeit werden die Master-Plätze nicht ausgebaut. Es sind noch zu viele unbesetzt. Nach 2012 wird auch die Schaffung von Master-Plätzen anstehen. Hier wird ein politischer Kraftakt notwendig. Wichtig ist hierfür, dass die Ressourcen im System verbleiben.*

Was können Elternvertreter tun? Wie können sie die Schüler und die Schule begleiten?

*Vermitteln Sie den Eltern, dass die Landesregierung und das Kultusministerium bemüht sind, die Sache gut zu machen. Die Fragen und Sorgen der Eltern werden gehört und ernst genommen.*

*Verunsichern oder ängstigen Sie in keinem Fall die Schüler. Nehmen Sie Ihre Rechte gemäß der Elternbeiratsverordnung wahr und kommunizieren Sie Ihre Fragen, Sorgen und Bedenken auch mit der Schule.*

**Information:** Die Hotline zum Thema 2012 für Eltern und Schüler wird ab Februar 2010 zur Verfügung stehen. Die angekündigte Kommunikationskampagne soll noch vor Weihnachten starten.

**Anmerkung:** Im Nachgang zur Besprechung wurde von den Elternvertretern noch folgende Anregung eingebracht:

Üblicherweise bewerben sich rund 4.000 Schüler eines Jahrgangs, die von einem allgemeinbildenden Gymnasium auf ein berufliches Gymnasium wechseln möchten. Davon werden dann etwa 2.540 übernommen. Mit der konsequenten Umsetzung von G8 und der Verlagerung des Übergangs von bisher Klassenstufe 10 auf Klassenstufe 9 muss insgesamt auch die Schülerzahl eines Jahrgangs, also rund 2.540 zusätzlich versorgt werden.

Zum Schuljahr 2009/2010 wurde die Deckelung von 15% bei den beruflichen Gymnasien für die Aufnahme von Schülern aus allgemeinbildenden Gymnasien aufgehoben, um auch den G8-Schülern aus Klassenstufe 9 die gleichen Übergangschancen zu sichern.

Tatsächlich wollten 2009 ca. 1.200 G8-Schüler und ca. 4.200 G9-Schüler auf ein berufliches Gymnasium wechseln, von denen 714 respektive 2.544 angenommen wurden. Mit den aus G8 wechselnden 714 Schülern ist somit nur ein knappes Drittel der 2.540 insgesamt zusätzlich zu versorgenden Schüler versorgt.

Die Gründe, warum sich im Schuljahr 2009/10 aus dem G8-Jahrgang weniger beworben haben, sind vielfältig. Es besteht aber die Möglichkeit, dass die Zahl derer, die zum Schuljahr 2010/11 wechseln wollen, deutlich über 5.000 liegen wird, weil sich G8-Schüler der Klassenstufe 9 und der Klassenstufe 10 bewerben können. Es wäre wünschenswert, dass auch für die folgenden Jahrgänge zusätzliche Pool-Klassen eingerichtet werden und die



---

Deckelung auf 15% für die Bewerber aus allgemeinbildenden Gymnasien aufgehoben wird, zumindest so lange, bis – wie oben beschrieben – eine Jahrgangszahl zusätzlich versorgt ist. Danach könnte die erhöhte Ausbildungskapazität Bewerbern aus allen Schularten gleichermaßen zugutekommen. Schließlich ist das berufliche Gymnasium ein Erfolgsmodell, das im Sinne der von der OECD geforderten Erhöhung der Studierendenquote auch seinen Beitrag leistet.

**Zusatzhinweis:** Die Schülerzahlen sind in der Vergangenheit ständig gestiegen und werden an den Gymnasien noch bis 2009/10 weiter steigen, aber die Klassenanzahl in den beruflichen Gymnasien wurde nicht erhöht. Logischerweise müssten dort die Plätze im gleichen Prozentsatz wie die Schülerzahlen steigen.

Herr Horstmann bedankt sich bei den Elternvertretern für ihr Kommen und ihre engagierte und konstruktive Mitwirkung.

Die Eltern bedanken sich bei den Vertretern der Ministerien ausdrücklich für die Kommunikationsbereitschaft und die spürbaren Bemühungen um Verbesserung der Bedingungen für den Doppeljahrgang. Jedoch dürfen die folgenden Jahrgänge nicht vernachlässigt werden, denn durch die besondere Belastung der Lehrer und Schulen durch den Doppeljahrgang kann es nur allzu leicht passieren, dass die Personaldecke in Richtung 2012 gezogen wird. Auch die nachfolgenden Jahrgänge haben eine verkürzte Schulzeit und können, gerade in **ihrer** Kursstufe, nicht auf eine ausreichende Bereitstellung der Oberstufenlehrer verzichten.

Stuttgart, 30.11.2009

gez. Christel Finner,  
Netzwerk Baden-Württemberg  
Abschlussjahrgang 2012

gez. Katharina Georgi-Hellriegel  
G8-Eltern-Initiative im GEB Stuttgart